

Editorial

Hallo, liebe Leser!

Das Semesterticket ist gerade eingeführt, schon sind die Verhandlungen mit der Bahn in Bezug auf eine Verlängerung und vor allem eine Ausweitung des Tickets abgeschlossen, so dass mit den Wahlen im Januar eine Urabstimmung durchgeführt werden kann. Neben den Neuerungen zum Semesterticket berichten wir auch über die Bestrebungen der Universität, die Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses zu "modernisieren". Betroffen sind davon in erster Linie die Lehramtsstudiengänge, da sie sich nicht so einfach in das Bachelor-/Master-Korsett zwingen lassen.

Ralf Mayrhofer

AUS DEM INHALT

Uni deformiert unsere Studiengänge

Seite 2

Über Sinn und Unsinn von Vollversammlungen

Seite 4

Noch dieses Jahr: Neufassung des NHZG

Seite 5

WEITERE STRECKEN NACH HESSEN UND THÜRINGEN AB WS 2005/06:

BAHN MACHT EIN NEUES SEMESTERTICKET-ANGEBOT

Urabstimmung zum erweiterten Ticket schon bei den Uni-Wahlen im kommenden Januar

von Andreas Lompe

Geht das Bahn-Semesterticket, das durch den Beschluss der Urabstimmung vom Juni diesen Jahres eingeführt wurde in die Verlängerung? Darüber dürfen erneut alle Studierenden entscheiden. Und zwar bereits im Januar bei den Uniwahlen. Zur Abstimmung steht dabei ein leicht ausgeweitetes Ticket, das 18 zusätzliche Stationen in Nordhessen und Thüringen

18 zusätzliche Bahnhöfe in Nordhessen und Thüringen

einschließt. Die Bahn hat ihre ablehnende Haltung zu einer Ausweitung nach Süden und Osten teilweise aufgegeben und in Verhandlungen der Hereinnahme weiterer Strecken außerhalb Niedersachsens zugestimmt. In dem neuen Angebot für ein Göttinger Semesterticket wurden die Strecken vom bisherigen Endpunkt des Geltungsbereichs Eichenberg nach Leinefelde und nach Bad Hersfeld sowie von Walkenried bis nach Nordhausen integriert. Damit können mit Ausnahme der Verbindung in Richtung Erfurt

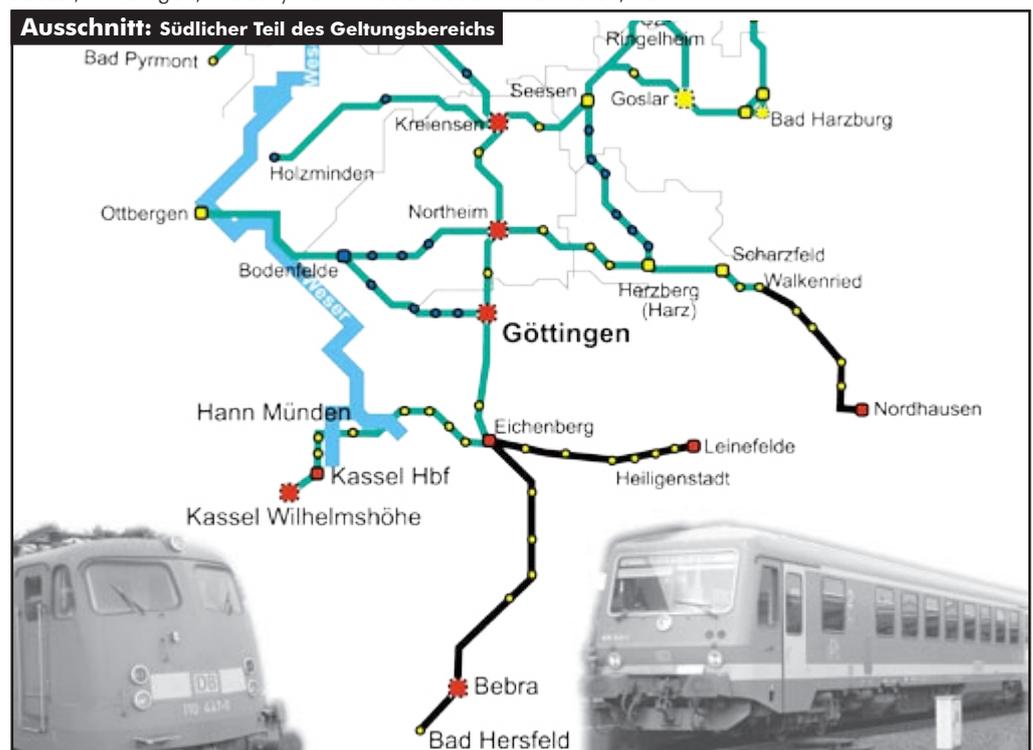
(zukünftig bis Leinefelde im Ticket enthalten) alle Direktverbindungen (Bad Hersfeld, Bodenfelde, Braunschweig, Nordhausen, Kassel, Ottbergen, Uelzen) von

Göttingen aus jeweils bis zur Endstation genutzt werden.

Das leicht erweiterte Semesterticket wird nach dem Sommersemester 2005 in Kraft treten, wenn

bei der Urabstimmung die Mehrheit für den Antrag stimmt. Dann müssten für das Wintersemester 2005/06 und das Sommersemester 2006 in Kraft treten, wenn

Forts. auf der nächsten Seite



Die neuen Strecken (schwarz) im Überblick: Bad Hersfeld, Leinefelde und Nordhausen kämen dazu.

Forts. von S. 1: Semesterticket... mester 2006 alle Studierenden je 47,42 Euro bei der Rückmeldung zusätzlich bezahlen. Das bisherige Semesterticket, das die DB-Regionalverkehr in Niedersachsen und Bremen, bis Hamburg-Hauptbahnhof und Kassel-Wilhelmshöhe sowie die

Preiserhöhung von 44,70 auf 47,42 Euro

Züge der Metronom AG beinhaltet, kostet 44,70 Euro. Von den Mehrkosten in Höhe von 2,72 Euro im Vergleich zum bisherigen Semesterticket entfallen 1,12 Euro auf die zusätzlichen Strecken. 1,60 Euro begründet die Bahn mit ihrer vor kurzem bekannt gegebenen allgemeinen Preiserhöhung. Die 1,60 Euro bedeuten eine Erhöhung um 3,6 Prozent, was der durchschnittlichen Preisanhebung im Regionalverkehr entspricht.

Dass die ebenfalls von vielen Studierenden gewünschte Strecke der Eurobahn zwischen Hildesheim und Löhne (Westfalen) noch in das Semesterticket-Angebot einbezogen werden kann, ist höchst unwahrscheinlich, stand bei Redaktionsschluss jedoch noch

nicht endgültig fest. Mit der Heinnahme dieser Strecke würde sich die Fahrzeit nach Hildesheim um eine halbe Stunde verkürzen oder der Kauf einer Fahrkarte für 3,20 Euro wegfallen. Auf der Fahrt nach Hameln würde die Ersparnis sogar 1 Stunde und 10 Minuten bzw. 4,20 Euro betragen.

Diese Strecke sowie die Eurobahn-Strecke von Hildesheim nach Bodenburg würden in das Ticket aufgenommen werden, wenn die Eurobahn das Angebot, das das Studierendenparlament dem Verkehrsunternehmen

Eurobahn-Strecken wahrscheinlich nicht enthalten

gemacht hat, annimmt. Das Studierendenparlament hatte auf seiner Sitzung am 18. November einstimmig beschlossen, 55 Cent pro Ticket für die rund 100 Kilometer lange Strecke zu bezahlen. Das ist die absolute Obergrenze für einen angemessenen Preis und bereits deutlich mehr, als der Aufschlag, den die Studierenden der Universität Hildesheim, die diese Strecke bereits in ihrem Ticket integriert haben, in

Der Wadenbeißer im Netz

ADF-WADENBEISER-ARCHIV IM INTERNET

Immer wieder werden wir gefragt, wo man auch ältere Ausgaben des Wadenbeißers bekommen kann, da wir uns in unseren Artikeln desöfteren auch auf frühere Ausgaben beziehen. Die Antwort ist einfach: Seit mittlerweile vier Jahren stellen wir zeitgleich mit Beginn der Verteilung der gedruckten Ausgabe den Wadenbeißer in elektronischer Form auf unserer Webseite

www.adf-goettingen.de

zum Download bereit. Im Wadenbeißer-Archiv liegen alle Ausgaben, die seit Oktober 2000 erschienen sind (ab Nr. 25), im pdf-Format.



Die Redaktion

diesem Jahr bezahlen müssen. Über das Ticket ab dem kommenden Wintersemester wird bereits Mitte Januar abgestimmt, da so die für die Uniwahlen regulär

Urabstimmung findet mit den Uniwahlen im Januar statt

eingerichteten Wahllokale an den einzelnen Fakultäten genutzt werden können.

Ein alternativer Abstimmungstermin müsste relativ früh im Sommersemester liegen, da die Entscheidung wegen ihres Einflusses auf die Höhe der Rückmeldegebühr spätestens Mitte Juni feststehen muss.

Über die Details der Urabstimmung und die Entscheidung der Eurobahn werden wir in der Januarausgabe des Wadenbeißers berichten.

UNI DEFORMIERT UNSERE STUDIENGÄNGE – UND LEHRAMTSSTUDIENDE DÜRFEN'S ALS ERSTE AUSBADEN

von Andreas Sorge

Trotz verunsichernder Pressemeldungen über die Nichtakzeptanz der neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master im Ausland bleibt die Uni voll auf Bologna-Kurs und treibt die Umstellung ihrer Studiengänge weiter voran. Als nächstes werden die Lehramtsstudiengänge daran glauben müssen. Spätestens seit Auflösung des Erziehungswissenschaftlichen Fachbereichs vor mehr als zehn Jahren werden die Lehramtsstudierenden an unserer Universität mehr als stiefmütterlich behandelt. Zerrieben zwischen ihren höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen, schlagen sie sich tapfer Tag für Tag durch das Dickicht unklarer Zuständigkeiten und sich überschneidender Lehrveranstaltungen. So wundert es auch nicht, dass das Lehramtsstudium

in Göttingen auch von Seiten des Landes in Frage gestellt wird und die Verlegung nach Hildesheim droht.

Die Uni hat zunächst die richtigen Schlüsse daraus gezogen – so wurde eigens für die Lehrerbildung das Zentrum für empirische Unterrichts- und Schulforschung (ZeUS) gegründet, das in diesem Jahr mit der am ZeUS angesiedelten Studienkommission

Uni schlägt untragbares Lehramtsmodell vor

und dem von ihr gewählten Studiendekan „Lehrerbildung“ die Verantwortung für die Lehramtsstudiengänge übernommen hat. Konsequenterweise hat der Senat erkannt, dass auch die Lehramtsausbildung von Studierendenvertretern kompetent mitgestaltet werden kann, und

die ZeUS-Studienkommission zur Hälfte mit Studierenden besetzt. Das war's aber auch schon mit den guten Nachrichten. So wurde unter völliger Abschottung der Betroffenen in den Fakultäten auf zentraler Ebene ein Rahmenmodell für Bachelor- und Masterstudiengänge an unserer Universität erarbeitet, in das auch der Lehramtsstudiengang integriert ist. Dieses Modell, das dem Studiendekanekoncil zu eigen gemacht wurde, sieht für die ersten drei Studienjahre kaum lehramtspezifische Module zugunsten der Fachwissenschaften vor. Zudem ist der studentische Arbeitsaufwand für die vorgesehenen Lehramtspraktika als lächerlich schwach bewertet (wir haben einen viermal so hohen wie veranschlagten Arbeitsaufwand berechnet).

Weiterhin hat man keinerlei Wahlmöglichkeiten mehr, da das Fach, in dem die Bachelorarbeit geschrieben wird, im Wahlbereich verbindliche Module vorschreiben kann – alles klar? Von vielen Fächern insbesondere der Philosophischen Fakultät geforderte zusätzliche Fremdsprachenanforderungen können auch nicht mehr abgedeckt werden. Die gesammelte Hilflosigkeit der Verteidiger dieses Modells gipfelt denn auch in dem Vorschlag, ein 0. Semester vor dem eigentlichen Studienbeginn einzuführen. Als Studienleistung angerechnet bekommt man die zusätzliche Sprache dann natürlich nicht.

Im auf den Bachelor folgenden Master sind die Fachwissenschaften kaum mehr vertreten – man

Forts. auf der nächsten Seite

Forts. von S. 2: *Uni deformiert...* denke z.B. an die zukünftigen Französisch- oder Englischlehrer, die nach drei Jahren Sprachstudium in der Bachelorphase im Masterstudium zwei Jahre lang kaum mehr in Kontakt mit der Sprache kommen (PISA lässt grüßen).

In mehreren Spitzengesprächen haben wir der Uni unsere Kritik ausführlich dargelegt. Passiert ist daraufhin nichts. Stattdessen wurde uns immer wieder ihr Rahmenmodell als das einzig wahre verkauft.

Das Studiendekanekonzil hat nun im November die endgültige Fassung seines Rahmenmodells vorgelegt. Es ist uns jedoch keine Studienkommission und

Studiendekane schicken ihr Modell ins Rennen

kein Fakultätsrat bekannt, die dem Modell zugestimmt hätten. Ein Wermutstropfen, da es in den meisten Fakultäten überhaupt nicht für nötig gehalten wurde, über die eigentlich zuständige Studienkommission die Studierenden in die Entwicklung des Rahmenmodells mit einzubinden.

Als Reaktion auf die abgeschotteten Beratungen im Studiendekanekonzil und die geballte Inkonsistenz des vorgelegten Modells haben auf Initiative und unter tatkräftiger Mitwirkung insbesondere des AK Hist.-Phil. und der ADF Studierendenvertreter aus neun Fakultäten und verschiedenen Hochschulgruppen ein alternatives Modell vorgelegt. In unserem Modell hat die Konzeption eines möglichst guten Lehramtsstudiengangs in Bachelor- und

Studierende legen sinnvolle Alternative vor ...

Masterstrukturen Priorität – und behebt somit die Schwächen des Studiendekanekonzil-Modells. So sind bei uns Fachwissenschaften und Lehramtsmodule ausgewogen auf das gesamte Studium verteilt. Auch haben wir den studentischen Arbeitsaufwand realistisch berechnet. Sowohl im Bachelor- als auch im Masterstudium bleibt bei uns genügend Raum, um zusätzliche Fremdsprachen oder andere Wahlmodule zu belegen.

Forts. auf der nächsten Seite

Kleines Gremien-Glossar

Fakultätsrat

Der Fakultätsrat ist das höchste beschlussfassende Organ der Fakultät und ein → *Kollegialorgan*. Er beschließt die Ordnungen, insbesondere die studienrelevanten Ordnungen, und den Haushaltsplan der Fakultät. In allen Fragen, die Studium und Lehre betreffen, ist die vom Fakultätsrat eingerichtete → *Studienkommission* zu hören. Der Fakultätsrat wählt den → *Studiendekan* auf Vorschlag der → *Studienkommission* und den Dekan.

Kollegialorgan

Gremium der → *akademischen Selbstverwaltung*, das sich aus Vertretern der vier Statusgruppen (Professoren, Studierende, wissenschaftl. Mitarbeiter, Mitarbeiter des technischen und Verwaltungsdienstes) der Universität zusammensetzt. Höchstes Kollegialorgan der Universität ist der → *Senat*, höchstes beschlussfassendes Organ der Fakultät ist der → *Fakultätsrat*. Kollegialorgane sind i.d.R. mit sieben Professoren und je zwei Studierenden, zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern und zwei MTVlern besetzt.

Präsidium

Dem Präsidium gehören der Präsident und vier Vizepräsidenten, darunter der → *Vizepräsident für Studium und Lehre* an. Dem Präsidium obliegen alle Kompetenzen, die nicht explizit einem anderen Organ der Universität zugewiesen sind. Es leitet die Universitätsverwaltung und vertritt die Universität nach außen.

Senat

Der Senat ist das höchste → *Kollegialorgan* der Universität, das den Haushaltsplan, die Grundordnung und die sonstigen Ordnungen der Universität (wie die Gebührenordnung, die Immatrikulationsordnung und die Wahlordnung) beschließt sowie das → *Präsidium* wählt, kontrolliert und ggf. wieder abwählt.

Studiendekan

Der Studiendekan wird aus den Reihen der Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Vorschlag der → *Studienkommission* vom → *Fakultätsrat* gewählt. Er ist für die Aufrechterhaltung des Lehrangebots an der Fakultät zuständig. In letzter Zeit häufen sich an unserer Universität Fälle, in denen Studiendekane in essenziellen Fragen von Studium und Lehre Entscheidungen treffen, ohne das Votum der zuständigen → *Studienkommission* einzuholen. Der Studiendekan ist Mitglied des → *Studiendekanekonzils*.

Studiendekanekonzil

Das Studiendekanekonzil setzt sich aus den → *Studiendekanen* der Fakultäten und des → *ZeUS* zusammen. Geleitet wird das Konzil vom → *Vizepräsidenten für Studium und Lehre*. Beschlüsse des Studiendekanekonzils haben lediglich empfehlenden Charakter und müssen von den zuständigen → *Studienkommissionen* vorbereitet werden. In letzter Zeit häufen sich allerdings die Fälle, bei denen vom Studiendekanekonzil wesentliche Entscheidungen getroffen werden, ohne die → *Studienkommissionen* mit einzubinden.

Studienkommission

An jeder Fakultät der Universität ist eine Studienkommission eingerichtet, die den → *Fakultätsrat* in allen Fragen von Studium und Lehre berät und den → *Studiendekan* zur Wahl vorschlägt. Da der Landesgesetzgeber erkannt hat, dass Studium und Lehre von Studierenden kompetent mitgestaltet werden können, hat er im Niedersächsischen Hochschulgesetz festgelegt, dass die Hälfte der Kommissionsmitglieder Studierende sein müssen.

Vizepräsident für Studium und Lehre

Der Vizepräsident für Studium und Lehre ist Mitglied des → *Präsidiums* und wird vom → *Senat* gewählt. Er leitet das → *Studiendekanekonzil* und die → *Zentrale Kommission für Lehre und Studium*. Derzeitiger Vizepräsident für Studium und Lehre ist der Physiker Prof. Dr. Reiner Kree.

Zentrale Kommission für Lehre und Studium

Die Zentrale Kommission für Lehre und Studium (ZKLS) bereitet die Beschlüsse des → *Senats* in Sachen Studium und Lehre vor. Die ZKLS wird vom → *Vizepräsidenten für Studium und Lehre* geleitet. Sie ist nach der Grundordnung der Universität im Gegensatz zu den → *Studienkommissionen* der Fakultäten mit sieben Professoren, vier Studierenden und zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern besetzt.

ZeUS

Das Zentrum für empirische Unterrichts- und Schulforschung (ZeUS), gegründet 2004, ist für die Lehramtsstudiengänge zuständig. Auch am ZeUS gibt es einen → *Studiendekan* „Lehrerbildung“ und eine → *Studienkommission*, die wie die Fakultätsstudienkommissionen zur Hälfte aus Studierenden besteht.

Forts. von S. 3: *Uni deformiert...* Das Argument des Studiendekanekonzeils, man könne mit seinem Modell besser vom Lehramtsbachelor in einen fachwissenschaftlichen Master wechseln, zieht ohnehin nicht. Denn nach dessen Modell hat man nach dem Bachelor sowieso kaum lehramtsspezifische Module

... und die Front bröckelt

absolviert – wie soll man sich da entscheiden, ob man tatsächlich Lehrer werden will? Daher setzen wir darauf, den Übergang vom Lehramts- zum fachwissenschaft-

lichen Studium (und umgekehrt) weiterhin so früh wie möglich zu ermöglichen.

Nach der Vorlage des studentischen Modells in Studienkommissionen, Fakultätsräten und der Zentralen Kommission für Lehre und Studium kommt Bewegung in die Sache. Tatsächlich scheint die Konsistenz und Güte des studentischen Modells, das die Bedürfnisse aller Fakultäten und des ZeUS unter einen Hut bringt, zu überzeugen. Fakultäten erkennen den studentischen Vorschlag als ebenbürtig an und bitten sogar darum, von einer verfrühten Beschlussfassung abzusehen;

zunächst möge in der Uni doch bitte auch unser Modell diskutiert werden.

Einzelne Studiendekane bestreiten sogar mittlerweile, dass überhaupt etwas vom Studien-

Senatskommission hat entschieden: Einigung soll erzielt werden

dekanekonzeils beschlossen wurde. Und weitere wundersame Dinge passieren: Studiendekane, die vor kurzem noch erklärten, die Studienkommission habe nichts mit dem Rahmenmodell zu tun, binden nun eben diese Studienkommission mit ein.

Auch die Uni wünscht offenbar Nachbesserungen am Modell des Studiendekanekonzeils – so wurde in der Zentralen Kommission für Lehre und Studium (ZKLS) ein weiterer Vorschlag vorgelegt.

So hat denn auch die ZKLS Präsidium und Studierendenvertreter damit beauftragt, eine Einigung im Modellstreit herbeizuführen. Ob sich die Uni daran hält, wird sich zeigen. Eine Abstimmung im Senat, wie sie für den 15.12. geplant ist, lehnen wir ohne vorherige Einigung ab. Über den Ausgang der Gespräche werden wir ausführlich in der Januarausgabe des Wadenbeißers berichten.

UNIWEITE VOLLVERSAMMLUNGEN? ÜBER SINN UND UNSINN EINER VON DEN „LINKEN“ IMMER WIEDER GEFORDERTEN INSTITUTION

von *Andreas Sorge*

Auf der November-Sitzung des Studierendenparlaments war es mal wieder soweit: Kleinlaut ergriffen Vertreter der Göttinger Linken, die sich auf der Sitzung insbesondere durch lauthalses Rülpsen und persönliche Angriffe auf ein Familienmitglied des AStA-Vorsitzenden hervorgetan haben, das Wort.

Ihre Forderung: Es soll wieder einmal eine „Voll“versammlung („VV“) aller Göttinger Studierenden geben.

Nun sind „Voll“versammlungen per se nichts Schlechtes. Aus gutem Grund sind sie auf Fachschafts- und Fachgruppenebene in der Organisationssatzung der Studierendenschaft veran-

„Sinn-“

Vollversammlungen

kert – sie dienen als Forum der hochschulpolitischen Diskussion und fördern die Kommunikation innerhalb der Fachschaften und Fachgruppen. Informations- und Diskussionsveranstaltungen sind natürlich auch auf Uni-Ebene sinnvolle Instrumente der hochschulpolitischen Arbeit.

Jedoch haben Beschlüsse der Fachschaftsvollversammlungen aus gutem Grund nur empfehlenden Charakter.

Denn verbindliche Beschlüsse der Studierendenschaft müssen stets demokratischer Natur sein – und gerade das können die

VV-Befürworter ebensowenig akzeptieren wie Wahlergebnisse, die ihnen keine Mehrheit für einen linksradikalen AStA verschaffen. Es ist doch klar, dass man Voll-

„Unsinn-“ Vollversammlungen

versammlungen einfordert, weil man ansonsten nichts zu sagen hat. Denn sogenannte „uniweite Vollversammlungen“ kann man wunderbar selektiv in der eigenen, ewig gestrigen Klientel bewerben. Und wer von uns normalen Studierenden hat schon Zeit, sich jede Woche mit zwei-, dreistündigen Vollversammlungen im ZHG herumzuschlagen, wo es von Seiten der Linken nur darum geht, gegen den den Studierendeninteressen verpflichteten, konstruktiven AStA aus ADF und Juso-HSG zu polemisieren und über die Weltrevolution zu diskutieren.

Solange nicht sichergestellt ist, dass alle Studierenden die Möglichkeit haben, an einer Vollversammlung teilzunehmen, ist auch keine demokratisch legitimierte Beschlussfassung möglich. Im Gegensatz dazu haben alle Studierenden bei den Uni-Wahlen und bei Urabstimmungen vier Tage jeweils sieben Stunden lang die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben – noch dazu in ihrer eigenen Fakultät. Vollversamm-

Beschlüsse müssen demokratisch legitimiert sein

lungen hingegen finden zu einem festen Termin an einem festen Ort statt. Urabstimmungen können in grundsätzlichen Fragen unter allen Studierenden durchgeführt werden – nun werden die VV-Befürworter schon wissen, warum sie keine Urabstimmungen für ihre Anliegen beantragen.

So verirrt sich zur letzten, vom „Offenen Streikforum“ organisierten „Vollversammlung“ im Januar diesen Jahres immerhin 150 Studierende. Nun hat sich

Kapitalismus abschaffen oder gleich Weltrevolution?

das Streikforum wegen interner Streitereien längst aufgelöst; die Halbwertszeit linker Bündnisse an unserer Uni, die – anstatt sich konstruktiv für die Interessen von uns Studierenden an unserer Uni zu engagieren – sich lieber mit Castortransporten und Abschaffung des deutschen „Polizeistaats“ beschäftigen, ist erfreulich kurz geworden. Es ist aber auch wirklich schwierig, wenn man sich nicht darauf einigen kann, ob eine Studierendenvertretung zuerst die Abschaffung des Kapitalismus betreiben oder gleich die Weltrevolution organisieren soll.

Organisationsmerkmale der Göttinger Studierendenschaft

Die Göttinger Studierendenschaft ist gemäß den Regelungen in der Organisationssatzung:

- **Demokratisch:** Jedes Jahr im Januar haben alle Studierenden die Möglichkeit, ihre Vertreter in freien Wahlen zu bestimmen.
- **Parlamentarisch:** Das Studierendenparlament, die Versammlung der gewählten Vertreter der Studierendenschaft, ist das oberste beschlussfassende Organ.
- **Föderal:** Die Studierendenschaft ist untergliedert in die einzelnen Fachschaften.
- **Plebiszitär:** In grundsätzlichen Fragen, wie z.B. der Einführung oder Fortführung des Bahn-Semestertickets, kann eine Urabstimmung unter allen Studierenden durchgeführt werden. Eine Urabstimmung wird durchgeführt, wenn sie von 10% aller Studierenden beantragt oder vom Studierendenparlament beschlossen wurde.

NEUFASSUNG DES NIEDERSÄCHSISCHEN HOCHSCHULZULASSUNGSGESETZES NOCH FÜR DIESES JAHR GEPLANT

von Andreas Redeker

Die Landesregierung möchte noch vor Weihnachten den Hochschulzugang in Niedersachsen neu regeln. Hierfür liegt ein Gesetzesentwurf vor, der beträchtliche Änderungen vorsieht. Sie stehen unter der Maßgabe von mehr Autonomie für die Hochschulen. So ist eine Auswahlquote von bis zu 90 % in zulassungsbeschränkten Studiengängen für die Hochschulen vorgesehen, solange die Studienplätze nicht bundesweit über die ZVS vergeben werden. Hinzu kommt eine Vielzahl neuer Kriterien mit denen die Hochschulen ihre individuellen Verfahren konzipieren können.

Die landesweite Studierendenvertretung LandesASTenKonferenz (LAK) wurde zur Anhörung vor dem Ausschuss Wissenschaft und Kultur eingeladen, dort wird der Sprecher, den derzeit der AStA Göttingen stellt (ADF), am 9. De-

zember eine Stellungnahme zum Gesetzesentwurf vorbringen.

Darin werden einige der vorgeschlagenen Auswahlkriterien von der LAK als sinnvolle Ergänzungen zu den bestehenden Regelungen begrüßt, wie zum Beispiel die Berücksichtigung von Praktika oder von Berufspraxis. Auch eine stärkere Gewichtung von Abiturnoten, die in besonderer Weise die Eignung für den gewählten Studiengang belegen können, wird akzeptiert. Man darf allerdings nicht dadurch benachteiligt werden, dass ein entsprechendes Fach an der eigenen Schule gar nicht angeboten wurde.

Die LAK wehrt sich jedoch entschieden gegen die vorgesehenen Auswahlgespräche und schriftlichen Aufsichtsarbeiten. Diese sind einerseits mit hohen Fahrtkosten für die Bewerber verbunden, da sie die Anwesenheit in den Unis erforderlich machen. Andererseits

sind sie aber auch mit einem hohen personellen Aufwand für die Hochschulen verbunden. Da weder das Land noch die Hochschulen bereit sind, die entstehenden Mehrkosten zu übernehmen, sieht der Gesetzesentwurf auch die Kostenumlage auf die Bewerber vor. Die Landesregierung versucht hier offenbar Studiengebühren im 0. Semester einzuführen.

Die entstehenden Kosten sind jedoch nicht der einzige Ablehnungsgrund. Besonders die Auswahlgespräche bergen zudem die Gefahr der sozialen Selektion, da der Habitus der Bewerber eine entscheidende Rolle bei deren Beurteilung spielt. Menschen aus bildungsfernen Schichten werden so eindeutig benachteiligt.

Insgesamt kritisiert die Stellungnahme der LAK zudem die aufwendigen Auswahlverfahren durch die Hochschule als zu teuer, zu langwierig und letztlich zu we-

nig nutzbringend. Besonders das Problem der Mehrfachbewerbung wird mit dem Gesetzesentwurf in keiner Weise beantwortet. Es tritt auf, weil jeder Bewerber und jede Bewerberin sich gleichzeitig an mehreren Unis für einen Studiengang bewirbt. Die Besten werden zahlreiche Angebote bekommen, von denen sie jedoch nur eins annehmen können. So werden mehrere Nachrückverfahren nötig, um alle Plätze zu vergeben.

Insgesamt fordert die LAK beim Hochschulzugang echte Chancengerechtigkeit herzustellen, ohne einzelne Gruppen massiv zu diskriminieren. Dabei sollten die Verfahren durch Transparenz gekennzeichnet sein. Statt Selektion beim Hochschulzugang in den Vordergrund zu stellen, sieht sie in einer Ausweitung des Beratungsangebots vor und während des Studiums eine sinnvolle Alternative.

STUDENTENWERK GÖTTINGEN SOLL MIT CLAUSTHAL FUSIONIEREN

von Andreas Redeker

Auf Bestreben des Landtags arbeitet das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) derzeit an der Neustrukturierung der Niedersächsischen Studentenwerke. Hierfür wurde am 2. Dezember die Projektgruppe „Studentenwerke“ wieder belebt, die zwar schon im Herbst 2003 gegründet worden war, sich jedoch seit dem nicht mehr getroffen hatte. Beteiligt sind die Geschäftsführer der Studentenwerke, drei Hochschulvertreter, der Landesrechnungshof sowie drei Vertreter der LandesASTenKonferenz, um das Ministerium in dieser wichtigen Frage zu beraten. Auf der Tagesordnung der Projektgruppe stehen sowohl die Aufgaben und die Struktur der Studentenwerke als auch deren zukünftige Finanzierung.

Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit der Studentenwerke weiter zu steigern, da auch zukünftig mit sinkenden Landeszuschüssen gerechnet werden muss. Ein großer

Spareffekt wird besonders von der Zusammenlegung der Studentenwerke Göttingen und Clausthal erwartet, wogegen es jedoch von beiden Seiten noch einigen Widerstand gibt.

Der Sprecher der LandesASTenKonferenz, auch Außenreferent des AStA Göttingen (ADF), spricht sich klar gegen weitere Mittelkürzungen aus. Struktur und Finanzierung der Studentenwerke müssen vor allem sicherstellen, dass diese ihrem sozialen Auftrag für die Studierenden nachkommen können und dürfen sich nicht nur nach Effizienzkriterien und Sparwahn richten. Die Studentenwerke sollen auch weiterhin Beratungsstellen oder Kinderbetreuung anbieten können und nicht auf den Mensabetrieb beschränkt werden. Dabei muss eine starke studentische Mitbestimmung auch in Zukunft sichergestellt sein, schließlich finanzieren wir mit unseren Beiträgen die Studentenwerke zu etwa 50%.

SOZIALFONDS SEMESTERTICKET: 105 ANTRÄGE EINGEGANGEN

von Andreas Lompe

Nur etwas über 100 Anträge auf Rückgabe oder Teilerstattung des Semestertickets gingen bis zur Ausschlussfrist am 30. November beim AStA ein. 62 Studierende stellten den Antrag auf Rückgabe des Semestertickets. Aufgrund der geringen Anzahl von Anträgen (die Haushaltsmittel hätten für knapp 80 Anträge ausgereicht) konnte allen Studierenden, deren Einkommen unter der Grenze von 466 Euro liegt und die den Antrag vollständig abgegeben hatten, die Rückgabe bewilligt werden. Das sind etwas mehr als 2/3 der gestellten Anträge. Diese Studierenden bekommen die Semesterticketgebühr von 44,70 Euro erstattet, wenn sie nachweisen, dass der Semesterticket-Aufdruck von ihrer Chipkarte gelöscht wurde.

Den alternativen Antrag auf einen Zuschuss zum Semesterticket stellten 43 Studierende. Das waren deutlich weniger als erwartet. Knapp 2.000 Studierende wä-

ren antragsberechtigt gewesen, da sie über ein Einkommen unterhalb der Bafög-Höchstgrenze von 466 Euro verfügen. Aufgrund der geringen Anzahl von Anträgen wird den Antragstellern im Falle der Bewilligung der höchstmögliche Zuschuss von 30 Euro gezahlt. Die Anträge auf teilweise Rückerstattung sind noch nicht bearbeitet.

Durch die beiden alternativen Antragsmöglichkeiten, die für verschiedene soziale Härten konzipiert waren, sollte gleichzeitig ein Test für eine sinnvolle dauerhafte Härtefallregelung durchgeführt werden. Die geringe Anzahl von gestellten Anträgen macht eine Auswertung jedoch schwierig. Wir werden es trotzdem versuchen.

Außerdem wurden bisher fünf Anträge auf Erstattung der Semesterticketkosten von behinderten Studierenden, die einen Anspruch auf eine kostenlose Beförderung im Öffentlichen Personen-Nahverkehr haben, gestellt.

LEHRAMT: KEINE STUDIENGEBÜHREN FÜR 3. FACH VOR DEM 1. STAATSEXAMEN

Lehramtsstudierende können sich auch in Zukunft an unserer Uni unbesorgt zur Aufnahme eines Studiums eines dritten Faches (neben ihren zwei Hauptfächern) entscheiden. Denn die Zentrale Senatskommission für Lehre und Studium, in der sich auch zwei ADF-Mitglieder engagieren, hat auf ihrer Sitzung in der vorigen Woche beschlossen, von der Erhebung von Studiengebühren für das dritte Fach vor dem 1. Staatsexamen abzusehen. Zudem hat man auch nach der Ablegung noch drei Semester Zeit, um die Prüfung im sogenannten Erweiterungsfach abzulegen; dies ist nämlich frühestens ein halbes Jahr nach dem 1. Staatsexamen möglich. Erst nach Ablauf dieser

drei Semester werden (ab Sommersemester 2005) pro weiterem Semester 600 Euro Langzeitstudiengebühren fällig.

Dass überhaupt Studiengebühren erhoben werden, ist dem Land zu verdanken. So hat es die Hochschulen im Niedersächsischen Hochschulgesetz (§ 13 Absatz 4) dazu verpflichtet, für die nicht-grundständigen Studienangebote Gebühren zu erheben. Allerdings hat unsere Uni den gesetzlichen Rahmen im Sinne von uns Studierenden so weit wie möglich ausgeschöpft – sie hätte für das Erweiterungsfach Studiengebühren auch ab dem 1. Semester einführen können. Im übrigen gelten die neuen Regelungen auch nur für Neueinschreibungen.

1.000 HELLE LEUCHTEN GEGEN 1.000 EURO STUDIENGEBÜHREN

Kommenden Dienstag, den 14.12., lädt der AStA alle Studierenden und alle anderen Uni-Angehörigen zu einer großen Weihnachtsfeier auf dem Campus ein. Dabei sollen zunächst alle eine brennende Kerze in der Hand halten, um ein Lichtermeer zur Erleuchtung des Landtags zu bilden, der im nächsten Jahr auf Betreiben der Landesregierung die Einführung von Studiengebühren in jährlicher Höhe von mindestens 1.000 € zu beschließen droht.

Los geht das Ganze um 16 Uhr zwischen ZHG und SUB mit der Ausgabe der Kerzen und einer Information durch den AStA. Wenn alle hell erleuchten, wird für die Presse ein großes Gruppenfoto

vom Campus gemacht. Damit keiner in der vorweihnachtlichen Kälte friert, wird es Glühwein für alle geben.

Die Weihnachtsfeier ausklingen lassen wollen wir gegen 18 Uhr durch das Aufstellen der Kerzen auf dem Campus, um wie im letzten Jahr die *Nacht der Lichter* mit einem herrlich von Kerzenlicht illuminierten Campus einzuläuten.

Die gesamte Aktion befindet sich hinter dem Türchen mit der Nr. 14 des hochschulpolitischen Adventskalenders des studentischen Dachverbandes fzs, in dessen Rahmen bundesweit Hochschulen gegen Studiengebühren und Kürzungen an den Hochschulen demonstrieren.

EIN UNGLEICHES PAAR: RCDS & SRK

„Gegensätze ziehen sich an“, so das Sprichwort. Das Göttinger Studierendenparlament ist seit einigen Sitzungen Schauplatz einer ungewöhnlichen Liaison: Der RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und die Pöbelgruppe „schwarz-rot Kollabs“ (srk) kommen sich näher.

Viel scheint sie auf den ersten Blick nicht zu verbinden, die beiden Hochschulgruppen RCDS und srk. Während der RCDS, die Studentenorganisation der CDU, naturgemäß konservativ-rechts ausgerichtet ist, handelt es sich bei „schwarz-rot Kollabs“ um eine linksorientierte Anarcho-Spaßgruppe.

Doch trotz aller Gegensätzlichkeit haben beide Gruppen eine Gemeinsamkeit gefunden: Die Lust am Pöbeln. Waren es früher nur die Mitglieder von srk, die durch Beleidigungen, Angriffe, sinnlose Anträge und sonstige Störereien die Sitzungen des Studierendenparlamentes unnötig in die Länge gezogen haben, lässt sich derartiges Verhalten in letzter Zeit vermehrt auch bei den RCDS-Parlamentariern beobachten. Da werden nutzlose bis absurde Fragen sowie kopflose Anträge gestellt, bloß, um überhaupt etwas gesagt zu haben.

Eine inhaltliche Diskussion über die Positionen und die Arbeit des AStA findet praktisch nicht statt. Vielmehr geht es um verbale Angriffe, groteske Unterstellungen und persönliche Beleidigungen. Ob ein derartiges Verhalten in dem Frust begründet liegt, den RCDS-Parlamentarier aufgrund des desolaten Zustandes ihrer Gruppe empfinden müssen?

RCDS und srk verbringen auf Sitzungen auffällig viel Zeit miteinander: Da werden in Pausen die Köpfe zusammengesteckt, um Absprachen zu treffen und dann auch schon mal einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Ferner haben beide Gruppen einen Waffenstillstand geschlossen: Bis zu den Wahlen verzichtet man auf gegenseitige publizistische Attacken. Man muss sich ja schließlich auf den gemeinsamen politischen „Gegner“, nämlich die AStA-Koalition und hier besonders die ADF, konzentrieren.

Unklar ist, ob eine baldige Fusion von RCDS und srk bevorsteht – vielleicht unter dem Namen „Christlich-demokratischer Kollabs“?

Klar hingegen ist, dass sich noch ein weiteres Sprichwort bewahrheitet hat: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“...

ELITE-UNI GÖTTINGEN ADE?

Nachdem die zu Jahresbeginn losgetretene Debatte über Elite-Universitäten (der Wadenbeißer berichtete, siehe Nr. 51: „Brauchen wir Elite-Unis?“) zunächst im Treibsand der Bund-Länder-Streitigkeiten zu versinken drohte, scheint sich der Kreis nun am Jahresende zu schließen. Nach den Plänen von Bund und Ländern sollen im Zeitraum 2006–2011 insgesamt 1,9 Milliarden Euro, die zu 75% vom Bund bereitgestellt werden, für die Förderung von Spitzenhochschulen und Spitzenfachbereichen zur Verfügung stehen.

In einem bundesweiten Wettbewerb sollen zehn Spitzenhochschulen ermittelt werden, die in dem Zeitraum mit jährlich 25 Mio. Euro bedacht werden. (Zum Vergleich: Mit HOK I und HOK II kürzt das Land an unserer Univer-

sität jährlich ca. 20 Mio. Euro.) Auch wenn man über Spitzenförderung bei gleichzeitiger Vernachlässigung solider Ausfinanzierung der Hochschulen in der Breite, wie es im übrigen in USA der Fall ist, geteilter Meinung sein kann – nur zu gern sähe man die eigene Uni auf dem bundesweiten Podest der „besten“ Zehn. Doch daraus wird wohl erst einmal nichts. Auf einer Anfang letzter Woche durchgesickerten, vorläufigen Liste, die von den Wissenschaftsstaatssekretären der 16 Bundesländer erstellt worden sein soll, taucht die Uni Göttingen zumindest nicht auf. Gefördert werden sollen hingegen Uni Bremen, Humboldt-Uni Berlin, TU Dresden, RWTH Aachen, Uni Freiburg, Uni Heidelberg, Uni Tübingen, TU München, Uni München und Uni Karlsruhe oder Uni Stuttgart.



VOLKSWAGENSTIFTUNG: 4,7 MILLIONEN EURO FÜR DIE UNIVERSITÄT GÖTTINGEN

Die Universität Göttingen erhält aus dem Niedersächsischen Vorab der VolkswagenStiftung (Hannover) Fördergelder in Höhe von rund 4,7 Millionen Euro. Gefördert werden unter anderem die Geowissenschaften, die Mikrobiologie, die Biochemie in der Medizin, die Neurowissenschaften, die BSE- und TSE-Forschung sowie das XLAB – Göttinger Experimentallabor für junge Leute. Mittel in Höhe von knapp 670.000 Euro sind für Wissenschaftskooperationen mit der Hebräischen Universität Jerusalem (Israel) vorgesehen. Insgesamt hat das Kuratorium der Stiftung in dieser Förderrunde rund 22,7 Millionen Euro für die Finanzierung von 68 Vorhaben an Forschungseinrichtungen des Landes Niedersachsen bewilligt. 1,6 Millionen Euro fließen in die Abteilung Allgemeine Mikrobiologie am Institut für Mikrobiologie und Genetik. Damit sollen die Laborbereiche des Instituts

insbesondere mit Blick auf die erheblich gestiegenen Sicherheits- und Arbeitsschutzanforderungen saniert sowie neue Geräte beschafft werden. Weitere 106.000 Euro gehen an die Abteilung Molekulare Mikrobiologie und Genetik. Rund 280.000 Euro erhält das Geowissenschaftliche Zentrum zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur in den Bereichen Angewandte Geologie, Strukturgeologie und Geodynamik, Geobiochemie und Sedimentologie; für die Abteilung Kristallographie bewilligte das Kuratorium zudem knapp 54.000 Euro. Zu den geförderten Einrichtungen an der Georg-August-Universität gehört außerdem das XLAB – Göttinger Experimentallabor für junge Leute, das mit rund 250.000 Euro unterstützt wird. Mit jeweils knapp 54.000 Euro werden darüber hinaus das Institut für Organische und Biomolekulare Chemie und das Tierärztliche Institut gefördert.

BRÜCKENPROFESSUR VON UNIVERSITÄT UND DPZ: WISSENSCHAFTLERIN AUS LEIPZIG BERUFEN

Die Universität Göttingen und das Deutsche Primatenzentrum (DPZ) haben eine weitere Brückenprofessur eingerichtet, die jetzt besetzt wird: Privatdozentin Dr. Julia Fischer vom Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig hat zum 1. November 2004 den Ruf auf die W2-Professur für Verhaltensforschung an der Fakultät für Biologie angenommen. Im DPZ übernimmt die Wissenschaftlerin die Leitung der neuen selbstständigen Forschergruppe Kognitive Ethologie, die in der Sektion Organismische Primatenbiologie angesiedelt ist und sich u.a. mit der Evolution von Verarbeitungs- und Kommunikationsprozessen bei Primaten befasst. Julia Fischer promovierte 1996 an der FU Berlin und arbeitete anschließend als Postdoktorandin an der University of Pennsylvania in Philadelphia. Während dieser Zeit forschte sie über die Kommunikation freilebender Paviane in Botswana.

Die Universität Göttingen und das Deutsche Primatenzentrum (DPZ) haben eine weitere Brückenprofessur eingerichtet, die jetzt besetzt wird: Privatdozentin Dr. Julia Fischer vom Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig hat zum 1. November 2004 den Ruf auf die W2-Professur für Verhaltensforschung an der Fakultät für Biologie angenommen. Im DPZ übernimmt die Wissenschaftlerin die Leitung der neuen selbstständigen Forschergruppe Kognitive Ethologie, die in der Sektion Organismische Primatenbiologie angesiedelt ist und sich u.a. mit der Evolution von Verarbeitungs- und Kommunikationsprozessen bei Primaten befasst. Julia Fischer promovierte 1996 an der FU Berlin und arbeitete anschließend als Postdoktorandin an der University of Pennsylvania in Philadelphia. Während dieser Zeit forschte sie über die Kommunikation freilebender Paviane in Botswana.

GRADUIERTENKOLLEG „IDENTIFIKATION IN MATHEMATISCHEN MODELLEN“ NIMMT ARBEIT AUF

Die in dem neuen Graduiertenkolleg bearbeiteten Forschungsthemen reichen von der Lösung theoretisch mathematischer Fragestellungen bis zur Bearbeitung praxisrelevanter Probleme mit numerischen und statistischen Methoden, die zum Beispiel bei der Identifikation von Fingerabdrücken, bei Diagnoseverfahren in der Medizin oder bei elektromagnetischen Messungen in der Minensuche eingesetzt werden. Dem Kolleg gehören derzeit 17 Doktoranden sowie ein Post-

doktorand an. Sprecher ist Prof. Dr. Rainer Kreß vom Institut für Numerische und Angewandte Mathematik, das das Graduiertenkolleg zusammen mit dem Institut für Mathematische Stochastik trägt. Beteiligt sind außerdem die Medizinische Fakultät, die Fakultäten für Biologie und Physik sowie das Göttinger MPI für Strömungsforschung. Die DFG stellt über einen Zeitraum von viereinhalb Jahren Fördermittel von insgesamt 1,32 Millionen Euro zur Verfügung.

PROF. KÜHNEL IN NATIONALEN RAT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSDATEN BERUFEN

Der Göttinger Wissenschaftler Dr. Steffen Kühnel, Professor für quantitative Methoden in den Sozialwissenschaften, ist Mitglied in dem neu geschaffenen nationalen Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn hat das zwölfköpfige Gremium Anfang November in Berlin berufen. Aufgabe des Rates ist es, die Arbeitsmöglichkeiten der empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zu verbessern. Dabei geht es vor allem um die verstärkte Nutzung vorhandener Datenbestände und eine Erhöhung der Synergieeffekte zwischen Wissenschaft und Datenproduzenten. Auf diese Weise sollen unter anderem Erkenntnislücken im Bereich der Bil-

dungs- und Integrationsforschung geschlossen sowie Doppelerhebungen vermieden werden. Dem Rat gehören neben Wissenschaftlern der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Volkswirtschaftslehre, der Statistik und Ökonometrie sowie der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auch der Präsident des Statistischen Bundesamtes und Bundeswahlleiter sowie der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes an. Außerdem sind der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) und der Leiter der Längsschnittstudie „Sozio-ökonomisches Panel“ (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in diesem Gremium vertreten.

PROF. DR. ROLF WILHELM BREDNICH ERHÄLT BRÜDER GRIMM-PREIS DER UNIVERSITÄT MARBURG

Der Göttinger Volkskundler Prof. Dr. Rolf Wilhelm Brednich wird mit dem Brüder Grimm-Preis 2004 der Universität Marburg ausgezeichnet. Die Hochschule würdigt damit alle zwei Jahre hervorragende Leistungen auf den Forschungsgebieten der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm, insbesondere in den Sprach- und Literaturwissenschaften, der

Volkskunde, der Rechtsgeschichte oder der Geschichtswissenschaft. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld von 5.000 Euro sowie einer Medaille mit dem Bildnis der Brüder Grimm verbunden. Die Preisverleihung findet Anfang Juni 2005 im Rahmen eines wissenschaftlichen Kolloquiums in Marburg statt.

JURISTENFÊTE – DAS ORIGINAL

Donnerstag, 09.12.2004: Es ist endlich wieder soweit! Die legendäre „Juristenfête – das Original“ steigt ab 21:00 Uhr im Zentralen Hörsaal Gebäude (ZHG). Wie schon im letzten Semester darf die Juristenfête leider aus

Sicherheitsgründen nicht mehr im Juridicum stattfinden. Das wird der Fete aber mit Sicherheit keinen Abbruch tun!

Wer schon vor zehn Uhr da ist, bekommt alle Getränke zu günstigen HappyHour-Preisen (z.B. Bier für 1 Euro). Aber auch nach der HappyHour gibt es Bier, Sekt, Cocktails und alles, was das Herz ansonsten begehrt, zu studierendenfreundlichen Preisen! Für drei Euro Eintritt gibt es wieder den ganzen Abend Super-Stimmung mit Musik von DJ Gerd und DJ Holger formerly known as DJ Holgi; letzterer sorgte bislang schon auf den WiWi-Parties für schwingende Tanzbeine! DJ Gerd dürfte jedem als DJ-Urgestein der Juristenfête ein Begriff sein...

Haffneröder
 Harzhalt frischer Biergenuss

Das Original

Juristenfête

Donnerstag, 09.12.2004
im ZHG

Musik: DJ's Gerd & Holger (DJ der WiWi-Parties)

Einlass: ab 21:00 Uhr
Eintritt: 3 Euro
Happy Hour: 21:00-22:00 Uhr

COLLEGE PARTY

GERKE

SAVOY

www.gerke-gottting.de

PHYSIKER AUS INDIEN FORSCHT AM I. PHYSIKALISCHEN INSTITUT DER UNI GÖTTINGEN

Als Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung ist Dr. Lakshmana Sudheendra vom 1. Dezember 2004 an zu Gast am I. Physikalischen Institut der Georg-August-Universität. Der Physiker aus Indien wird sich im Rahmen seines zwölfmonatigen Aufenthaltes mit Fragen des elektrischen Transports von oxidischen Manganatschichten befassen. Seine Forschungsarbeiten werden von dem Göttinger Physiker Prof.

Dr. Konrad Samwer betreut. Die Humboldt-Stiftung vergibt ihre Stipendien an hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland, die damit ein Forschungsvorhaben an einer Hochschule eigener Wahl in Deutschland durchführen können.

Dr. Sudheendra hat in Indien Physik studiert und wurde in Bangalore auf dem Gebiet der experimentellen Festkörperphysik promoviert.

ASTA PRÄSENTIERT 1. SKAT- HOCHSCHULMEISTERSCHAFT

An diesem Dienstag, 7.12., wird im Blauen Turm der 1. Hochschulmeister unserer Uni im Skat ausgespielt. Unter der Schirmherrschaft des AstA nehmen voraussichtlich 80 Leute an diesem vom AstA-Hochschulreferenten Andreas Sorge (ADF) initiierten Highlight in der Vorweihnachtszeit teil. Neben Verpflegung zum Selbstkostenpreis werden auch vom AstA gesponserte attraktive Preise geboten.

FZS: ASTA GÖTTINGEN ARBEITET IM AS MIT

Auf der Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses der studentInnenschaften (fzs) Ende Oktober wurde Göttingen in den Ausschuss der StudentInnenschaften (AS) gewählt, das höchste beschlussfassende Organ des Verbandes zwischen dem MVen. Die erste Sitzung hat vom 26. bis 28. November in Göttingen stattgefunden. Der AstA hat sich dort für die Arbeit in den Bereichen Lehramtsausbildung und Studienreform eingesetzt und konnte die Schaffung einer Referentenstelle in diesem Bereich erreichen.

ADF FEIERT GEBURTSTAG

Vor mittlerweile 11 Jahren – am 29. November 1993 – wurde die ADF von Mitgliedern der ADW, DAF und UM'ern gegründet. Mittlerweile sind wir die mit Abstand größte hochschulpolitische Gruppe an der Uni Göttingen und sind seit einigen Jahren maßgeblich am AstA beteiligt. Grund genug für uns, eine rauschende Party zu veranstalten. DJ Holgi, die Acts der Wiwi-O-Phasen-Tutoren und günstige Getränkepreise sorgten für eine ausgelassene Stimmung.

IMPRESSUM

Redaktion

Andreas Lompe, Ralf Mayrhofer, Andreas Redeker, Heiko Schönfeld, Andreas Sorge, Christian Zigenhorn

Chefredakteur / Layout

Ralf Mayrhofer (V.i.S.d.P.)

Auflage

8.500 Exemplare

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR Wiwi

Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion: Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text veranstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

www.discofun.de

Mittwochs Dagobert

meets Studentenparty

NEU!



Der Hammer!
Jedes offene Getränk
nur 99 Cent!!
Zivis und Studenten
erhalten Bonus-Ticket
für nur 2,- Euro!!
Pflichttag für Studenten
und Zivis in Göttingen!!

Ticket 3,- Euro

Tanzhaus
Alpenmax
der Gipfel des Vergnügens

Tanzhaus Alpenmax • Weender Landstr. 3-7 • 37073 Göttingen